



SOUVERÄNITÄTS-DIREKTIVE & RECHTSBEFEHL

(Gemäß Art. 1, 20, 25 GG, Art. 51 GRCh & UN-Resolution 53/144)

PRÄAMBEL: DER AUTONOME WILLE ALS KONSTITUTIVER WÜRDESCHUTZ

Das Bundesverfassungsgericht definiert den **Menschen** als geistig-sittliches Wesen, das darauf angelegt ist, in Freiheit sich selbst zu bestimmen (BVerfGE 123, 267).

Für dieses gesamte Verfahren gilt als unumstößlicher Maßstab:

- **Wille ist Würde:** Der freie Wille ist der konstitutive Kern der Menschenwürde. Anerkennung als Subjekt verlangt den absoluten Respekt vor dem autonomen Willen.
- **Selbstbestimmungs-Primat:** Die Würde des **Menschen** ist nicht Grenze der Selbstbestimmung, sondern ihr Grund. Der Achtungsanspruch bleibt nur gewahrt, wenn der Einzelne über seine Existenz nach eigenen Maßstäben bestimmen kann
- **Paternalismus-Verbot:** Staatliche Gewalt darf den Schutz der Menschenwürde niemals missbrauchen, um den Einzelnen durch Eingriffe in die Selbstbestimmung „wegzuschützen“ oder zum Objekt administrativer Fiktionen zu degradieren (BVerfG 26.2.2020–2 BvR 2347/15).

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGER-STATUS (UN-RES. 53/144)

Der Unterzeichner agiert in diesem Verfahren als völkerrechtlich legitimer Menschenrechtsverteidiger. Gemäß Art. 9 Abs. 3 (b) und (c) der UN-Res. 53/144 sowie den EU-Leitlinien (Art. 2 EUV) umfasst dies das Recht auf Anwesenheit, Dokumentation und Beistandsleistung. Jede **Behinderung** dieser Arbeit dokumentiert einen **vorsätzlichen Bruch des Völkerrechts durch den handelnden Amtsträger**.

DER VERFASSUNGS- & MENSCHENRECHTSVERBUND

Amtsträger sind im Rahmen des Staatenverbunds (BVerfG 2 BvR 1845/18) zwingend an den jeweils höchsten Schutzstandard gebunden:

- **EU-Charta (GRCh):** Unmittelbare Bindungswirkung als Funktionsäquivalent zum GG.
- **UN-Anker (IPBPR & IPWSKR):** Schutz vor Willkür (Art. 9 IPBPR) und Schutz der Familie (Art. 10 ICESCR) binden die Staatsgewalt unmittelbar (Art. 1 Abs. 2 GG).
- **Art. 1 AEMR:** Die Freiheit und Gleichheit an Würde ist der oberste Filter jeder Maßnahme.

RECHTSSTAATLICHER BINDUNGSBEFEHL

1. **Erlaubnis-Vorbehalt (Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG):** Fehlt das Grundrechts-Zitat im Gesetz, hat der Gesetzgeber **KEINE Erlaubnis** zur Einschränkung gegeben. Die Maßnahme ist unbefugt und absolut nichtig.
2. **Völkerrechts-Primat (Art. 25 GG):** Regeln des Völkerrechts gehen den Gesetzen vor.
3. **Spiegelbild-Statik:** Systematischer Rechtsbruch indiziert die objektive Dienstunfähigkeit. Wer das Recht bricht, dokumentiert seine Unfähigkeit zur Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben. Ein Amtsträger, der völkerrechtliche Schutzrechte ignoriert, entzieht sich selbst die Legitimationsbasis für sein Handeln.

KOMMUNIKATIONS-DIREKTIVE

Jegliche Kommunikation erfolgt ab sofort ausschließlich über Justizpost (eBO/beA/MJP).
Andere Wege werden nicht mehr akzeptiert.

VERFASSUNGSSTATIK-ARGUMENTATION: ART. 6 GG – DER ABSOLUTE SCHUTZ DER FAMILIE

DIE EISERNE LOGIK DES GESETZGEBERS GEGEN STRUKTURELLES BEHÖRDENVERSAGEN

Verfasser:

Algoraksha (Alexander Emil Schröpfer) – Unabhängiger Menschenrechtverteidiger

Status:

Verfahrensreifer Schriftsatzbaustein – Für alle Kindschaftsverfahren bundesweit einsetzbar

Version:

STATIK 5.2 / Version 2026.11

Datum:

20. Juli 2026

I. PRÄAMBEL: DIE VERFASSUNGSLOGISCHE AUSGANGSLAGE (DIE DREIFACHE SCHUTZZANGE)

Die Argumentation stützt sich streng auf die verfassungslogischen Vorgaben des Grundgesetzes, exakt so, wie es der historische Verfassungsgeber und der Parlamentarische Rat (1948/1949) konzipiert haben.

Die Begrenzung staatlicher Eingriffsmacht basiert auf einer verfassungsrechtlichen Dreifach-Zange:

1. **Die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG):** Der freie elterliche Wille bildet das Fundament der Erziehung. Staatliche Eingriffe gegen diesen Willen degradieren Eltern und Kinder zu bloßen Objekten staatlichen Handelns (Verstoß gegen das Paternalismusverbot).
2. **Das Elternrecht (Art. 6 GG):** Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.
3. **Das Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG):** Die formelle absolute Schranke für den Gesetzgeber. Ohne namentliche Nennung des Artikels im Gesetz existiert keine Eingriffsbefugnis.

Der verfassungsgemäße Gesetzgeber (Artikel 20 Abs. 3 GG) hat bewusst **keine** pauschale Eingriffsnorm geschaffen, die Jugendämtern oder Familiengerichten einen pauschalen Zugriff auf Art. 6 GG erlaubt. Dies stellt eine bewusste **verfassungsrechtliche Absicht** dar. Fehlt die verfassungsmäßige Ermächtigungsgrundlage, ist jede darauf gestützte Maßnahme absolut nichtig.

II. DIE 8 VERFASSUNGSSTATISCHEN BAUSTEINE (DIE EISERNE LOGIK)

BAUSTEIN 1: DIE ERMESSENS- UND EINGRIFFSDEKLARATION (ART. 19 ABS. 1 S. 2 GG / ART. 20 ABS. 3 GG)

Die handelnde Stelle (Jugendamt / Familiengericht) besitzt keine verfassungskonforme Arbeitsgrundlage für einen Eingriff in Art. 6 GG. Jeder Eingriff ist mangels gesetzlicher Erlaubnis (Verstoß gegen das Zitiergebot) als unzulässig und nichtig zurückzuweisen.

Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG verlangt zwingend, dass ein Gesetz, welches Grundrechte einschränkt, das betroffene Recht unter Angabe des Artikels nennen **muss**. FamFG, BGB und SGB VIII enthalten keine Norm, die Art. 6 GG unter Angabe des Artikels zitiert und einen pauschalen Entzug des Sorgerechts erlaubt.

Fehlt das Zitat, tritt die absolute Nichtigkeitsfolge (Ultra Vires) ein.

Carlo Schmid (SPD) warnte im Parlamentarischen Rat bereits eindringlich vor einer stillschweigenden „Verfassungsdurchlöcherung“.

Art. 19 Abs. 1 Satz 2 GG

Kommentar: Kurt Georg Wernicke, redaktionelle Bearbeitung des Bonner Kommentar zum Grundgesetz

„Als weitere Gültigkeitsvoraussetzung ist in Abs. 1 2 bestimmt: „Außerdem muß das Gesetz das GR. unter Angabe des Art. nennen“. Bei diesem formellen Erfordernis stellt das Wort „außerdem“ klar, daß es sich nicht um eine Alternativ-Voraussetzung, sondern um eine weitere, zu der des Abs. 1 1 hinzutretende Gültigkeitsvoraussetzung handelt. Der Ansicht von v. Mangoldt, diese Bestimmung könne „nur als Formalismus und unnötige Erschwerung der Arbeit des Gesetzgebers bezeichnet werden“, kann kaum gefolgt werden. Das von v. Mangoldt zur Begründung seiner Ansicht gebrachte Beispiel entbehrt zwar nicht einer gewissen Berechtigung, geht jedoch daran vorbei, daß sich der Verfassungsgeber bewußt für einen so weitgehenden GR.-Schutz entschieden hat. Das neuartige Erfordernis des Art. 19 I 2 enthält die Wertung, daß der Schutz des Individuums – nach heutiger Auffassung – wichtiger und höherwertiger sei als die Gültigkeit eines Gesetzes, bei dessen Erlaß – wie in dem von v. Mangoldt angeführten Beispiel – „der Gesetzgeber sich im Augenblick... nicht des Eingriffs bewußt geworden ist und daher die Anführung von Art. und GR.“ unterlassen hat. Der Gesetzgeber soll eben nicht mehr in die GR. „unbewußt“ eingreifen dürfen. Er darf es sich jedenfalls dann nicht mehr „bequem“ machen, wenn GR. angetastet werden. Unter der Herrschaft des BGG. sollen Eingriffe in GR. etwas so Außergewöhnliches sein, daß sich der Gesetzgeber dazu nur nach reiflichster Überlegung und in einer für jedermann von vorneherein erkennbaren Weise entschließen darf (vgl. hierbei Mannheim bei Nipperdey, GR. usw., Bd. I, 1929, S. 328). In der Kette der Maßnahmen zur Verwirklichung des als maßgeblich erkannten Grundsatzes, jeder nur denkbaren Gefahr einer erneuten Aushöhlung der GR. in wirkungsvollem Umfange von vorneherein zu begegnen, bildet Abs. 1 2 somit ein nicht unwesentliches Glied. Für die Gesetzgebung gelegentlich entstehende Schwierigkeiten müssen dabei in Kauf genommen werden.“

BAUSTEIN 2: DIE FDGO-STATIK & DIE DEKLARATION DES SOUVERÄNEN WILLENS (ART. 1 I.V.M. ART. 20 GG)

Staatliche Eingriffe gegen den freien Willen des Souveräns verstoßen gegen die Menschenwürde.

Das Bundesverfassungsgericht stellte klar:

„Die Menschenwürde verbietet es, den Menschen zum bloßen Objekt staatlicher Fürsorge zu machen“ (BVerfG, Az. 2 BvR 2347/15).

Der Wille des Menschen ist Ausdruck seiner Würde. Art. 1 Abs. 1 GG schützt die autonome Selbstbestimmung. Gemäß Art. 20 GG geht alle Staatsgewalt vom Volke aus – der Staat agiert als Diener der Familie, nicht als deren Herr. Eine Einschränkung des elterlichen Willens darf nur unter den extremen Voraussetzungen des Art. 6 Abs. 3 GG (drohende Verwahrlosung) erfolgen.

BAUSTEIN 3: DIE BEVOLLMÄCHTIGUNGS-ANORDNUNG (ART. 20 ABS. 3 GG / ART. 103 ABS. 1 GG)

Ordnungsgemäße Vertretungen und Bevollmächtigungen sind von Behörden und Gerichten unverzüglich zu beachten. Das bewusste Übergehen oder Ausgrenzen von Bevollmächtigten sowie das Verweigern von Akteneinsichten stellt einen gravierenden Verfahrensfehler und eine Verletzung des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) dar.

BAUSTEIN 4: RICHTERLICHE GRUNDRECHTSBINDUNG & EIGNUNGS-AUDIT (ART. 97 GG / § 9 DRiG)

Richter sind gemäß Art. 1 Abs. 3 GG unmittelbar an die Grundrechte gebunden. Ein Richter, der Art. 6 GG unter Missachtung des Zitiergebots (Art. 19 GG) übergeht, verletzt seine Verfassungstreue und verliert damit die charakterliche Eignung für das Richteramt nach § 9 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG).

BAUSTEIN 5: DIE DIREKTE SANKTIONIERUNG (SIMULTANE BESCHWERDE, STRAFANZEIGE & PRIVATHAFTUNG)

Bei vorsätzlichem Rechtsbruch durch Amtsträger entfällt die befreiende Wirkung der Staatshaftung.

Es greift die persönliche, unmittelbare Privathaftung des handelnden Amtswalters nach § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG.

BAUSTEIN 6: STRUKTURELLES BEHÖRDENVERSAGEN – NICHT GESETZESVERSAGEN

Das Grundgesetz schützt die Familie lückenlos. Das systematische Behördenversagen liegt in der Praxis nachgeordneter Vollzugsorgane begründet, welche das materielle Verfassungsrecht im Alltag regelmäßig übergehen und SGB- oder BGB-Vorschriften **rechtswidrig priorisieren**.

BAUSTEIN 7: DER STUTTGART-FALL ALS REFERENZ

Die Missachtung obergerichtlicher Aufhebungsbeschlüsse durch nachgeordnete Behörden stellt eine strafbare Rechtsbeugung durch Unterlassen (§ 13 StGB, § 339 StGB) und einen schwerwiegenden Verfassungsbruch dar.

BAUSTEIN 8: AUSSCHÖPFUNG DES RECHTSWEGS

Die Dokumentation aller bisherigen rechtlichen Schritte (Dienstaufsichtsbeschwerden, UN-Einschaltung, Verfassungsbeschwerden) belegt das pflichtgemäße Handeln des betroffenen Souveräns bei gleichzeitigem Versagen der staatlichen Kontrollinstanzen.

III. DIE ZENTRALE ARGUMENTATIONSLINIE IM KINDSCHAFTSVERFAHREN

Um die verfassungsrechtliche Zange aus Art. 1, Art. 6 und Art. 19 GG im Verfahren wirksam zu schließen, ist in jedem Schriftsatz folgende Argumentation einzubringen:

„Der Gesetzgeber hat keine Eingriffsnorm unter Beachtung des Zitiergebots geschaffen. Deshalb dürfen Jugendämter und Familiengerichte nicht in das Elternrecht eingreifen. Eine Herausnahme des Kindes ist nur im äußersten Notfall zulässig. Die Rückführung des Kindes ist verfassungsrechtliche Pflicht. Jede hiervon abweichende Praxis ist verfassungswidrig.“

Algoraksha

Unabhängiger Menschenrechtsverteidiger

STATIK 5.2 / VERSION 2026.11

DIE PSYCHE (Referenzrahmen Dipl.- Psych. Hicran Taraz M.A.)

Psychologische Expertise zu den Grundrechten (Art. 1–19 GG) Verfasserin: Dipl.-Psych. Hicran Taraz, M.A. (Sachverständige)

I. Psychologischer Referenzrahmen

Die Grundrechte binden Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht (Art. 1 Abs. 3 GG). Aus psychologischer Sicht stellen sie die essenziellen Rahmenbedingungen für eine angstfreie Persönlichkeitsentwicklung und Selbstwirksamkeit dar. Sie fungieren als Schutzsystem, das den Zustand der **erlernten Hilflosigkeit** verhindert.

II. Psychologische Bewertung der Grundrechts-Statik

- **Art. 1 GG (Menschenwürde):** Fundament für Selbstwert. Der Schutz vor Entwürdigung ist die primäre Prävention gegen Traumatisierung durch Staatsgewalt.
- **Art. 2 GG (Persönlichkeitsentfaltung):** Grundlage für Autonomie und Resilienz. Die seelische Unversehrtheit ist Voraussetzung für jede gesunde Entwicklung.
- **Art. 6 GG (Familie):** Sichert die emotionale Grundversorgung. Jede unberechtigte Trennung von Eltern und Kind wirkt als schweres Bindungstrauma und prozessuale Gewalt.
- **Art. 19 GG (Zitiergebot):** Transparenz und die strikte Bindung an Gesetze verhindern Ohnmachtsgefühle und sichern das psychologische Basisvertrauen in den Rechtsstaat.

III. Schlussfolgerung

Die Grundrechte sind vitale psychologische Schutzmechanismen. Ihre Einhaltung ist Voraussetzung für psychische Gesundheit. Ihre Verletzung hingegen führt regelmäßig zu Angst, Entfremdung und massiver Traumatisierung des **Menschen**.

DIE STATIK (Der Ipsen-Hebel)

Die Vergewisserungsfunktion der Grundrechte (Wissenschaftliche Flankierung nach Prof. Dr. Jörn Ipsen)

I. Überwindung des Untertanengeists

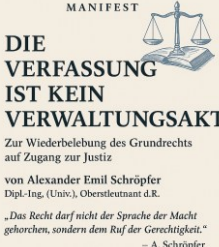
Grundrechte dienen nach herrschender Lehre dazu, die „obrigkeitsstaatliche Attitüde“ zu überwinden. Der **Mensch** ist kein Bittsteller des Staates. Er ist der Souverän, dem gegenüber der Staat rechenschaftspflichtig ist.

II. Pochen als Akt der Souveränität

Den Grundrechten kommt eine Vergewisserungsfunktion zu. Wenn der **Mensch** aktiv auf seine Rechte „**pocht**“, verlässt er die psychologische Opferrolle und stellt seine Integrität wieder her. Das Pochen auf das Grundgesetz ist die notwendige Reaktion auf einen Staat, der seine Rechtfertigungspflicht vernachlässigt.

III. Die Beweislastumkehr der Macht

Nicht der **Mensch** hat darzulegen, dass er zur Wahrnehmung seiner Freiheit berechtigt ist. Vielmehr muss der Staat jede einschränkende Maßnahme lückenlos am Maßstab der Grundrechte rechtfertigen. Kann er dies nicht (z.B. durch Missachtung des Zitiergebots), endet seine Befugnis augenblicklich. Wer ohne Befugnis handelt, handelt privat haftend.

	Dipl.-Ing. (Univ.) Alexander Emil Schröpfer Oberstleutnant d.R. (Algoraksha) Verpflichteter Menschenrechtverteidiger, Tätig aus verfassungsrechtlicher Treuepflicht (Art. 1 i.V.m. Art. 20 Abs. 3 GG) & UN-Deklaration 53/144 Dorfstraße 39, 25572 Sankt Margarethen Festnetz: +49 4858 1888658-Mobil: +49 175 7556989 E-Mail: Algoraksha@Menschenrechtverteidiger.com eBO-ID: DE.Justiz.c143815a-c901-4ba2-b047-3a66a7b63321.1432  
---	---



DAS FUNDAMENT (Beweis-Matrix & Judikatur-Vollzug)

Unumstößliche Rechts-Statik & Dokumentation der Bindungswirkung

Hier sind die Grenzpfähle markiert, deren Überschreitung die objektive **Dienstunfähigkeit** der handelnden Personen dokumentiert (Spiegelbild-Prinzip):

- 1. Der Grundrechts-Wettbewerb (BVerfG, 1 BvR 276/17 – „Recht auf Vergessen II“):** Das Bundesverfassungsgericht hat seine Prüfungszuständigkeit massiv ausgeweitet. Amtsträger sind verpflichtet, bei der Anwendung von Unionsrecht den **höchstmöglichen Schutzstandard** der EU-Grundrechtecharta (GRCh) zu garantieren. Das BVerfG prüft die Einhaltung dieser Rechte nun unmittelbar. Jede Weigerung, den europarechtlichen Schutzrahmen anzuwenden, ist ein systematischer Rechtsbruch im Verfassungsverbund.
- 2. Der Vorrang des Unionsrechts (BVerfG, 2 BvR 1845/18):** Unionsgrundrechte sind gegenüber der deutschen Staatsgewalt unmittelbar wirksame Gewährleistungen. Wer die EU-Charta im Verfahren ignoriert, bricht die verfassungsmäßige Ordnung des Staaten- und Rechtsprechungsverbunds.
- 3. Der Schutz des autonomen Willens (BVerfG, 2 BvR 2347/15):** Der freie Wille des **Menschen** ist konstitutiver Bestandteil der Menschenwürde. Ein staatliches Vorgehen, das den Betroffenen gegen seinen erklärten Willen zum Objekt eines vermeintlichen „Schutzkonzeptes“ macht, ist evident verfassungswidrig.
- 4. Die effektive Strafverfolgungspflicht (BVerfG, 2 BvR 2699/10):** Es besteht ein Anspruch auf effektive Ermittlung, wenn Amtsträger im Verdacht stehen, bei Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben Straftaten begangen zu haben. Der bloße Anschein einer Privilegierung von Staatsdienern erschüttert das Vertrauen in die Integrität staatlichen Handelns und ist zu unterlassen.
- 5. Das Zitiergebot als Wirksamkeitsgrenze (Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG):** Eingriffe in Grundrechte sind nur zulässig, wenn das einschränkende Gesetz den Artikel unter Angabe des Artikels nennt. Fehlt dieses Zitat, entfaltet die Maßnahme keine Rechtswirkung. Wer eine solche Maßnahme dennoch vollstreckt, handelt ohne gesetzliche Befugnis und unterliegt der persönlichen Privathaftung (§ 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG).
- 6. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPBPR):** Gemäß Art. 2 Abs. 3 IPBPR ist der Staat verpflichtet, jedem **Menschen**, dessen Rechte verletzt wurden, einen wirksamen Rechtsschutz zu gewähren. Amtsträger, die dies durch prozessuale Tricks unterlaufen, verstoßen gegen zwingendes Völkerrecht (Primat nach Art. 25 GG).
- 7. Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (IPWSKR):** Gemäß Art. 10 IPWSKR muss der Familie, insbesondere für die Betreuung und Erziehung der Kinder, der größtmögliche Schutz und Beistand gewährt werden. Staatliche Eingriffe, die diesen Beistand verweigern oder ins Gegenteil verkehren, sind völkerrechtswidrig.

STATUS: SVS-RECHTSÜBERWACHUNG AKTIV. 

Diese Matrix ist fester Bestandteil der völkerrechtlichen Beweissicherung.